



"Die Statusfrage ist wichtig, Entwicklung überlebenswichtig"

Der Standard
February 3, 2007

Das Kosovo braucht einen Notplan zum wirtschaftlichen Überleben dringender als die Unabhängigkeit, meint Analytistin Knaus im derStandard.at-Gespräch

"Die Statusfrage lenkt die politische Elite so sehr ab, dass niemand mehr daran denkt, wie es mit der Entwicklung des Landes weitergeht". Verena Knaus, Analytistin der European Stability Initiative, macht sich Sorgen um die ökonomische Zukunft des Kosovo. Tatsächlich investiert zum Beispiel die EU in dem 10.000 Quadratmeter großen Gebiet den Großteil der Fördergelder in den Aufbau des Justizwesens und in die Strukturen der Exekutive. Eine Milliarde Euro gab die Europäische Kommission über die Europäische Agentur für Wiederaufbau seit 1998 aus.

Die Eckdaten im Kosovo sind seit Jahren besorgniserregend. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 50 Prozent, das monatliche Einkommen sinkt in den letzten Jahren stetig, zwei Drittel der Bevölkerung lebt im strukturschwachen ländlichen Raum, nur ein Viertel ist am Kanalisationsnetz angeschlossen, selbst in der Hauptstadt Pristina. "Hier eine Entwicklung zu bewirken wird eine der größten Herausforderungen der Zukunft werden," meint Knaus.

Hohe Erwartungen

Eine Zukunft, die trotz bevorstehender Statusklärung alles andere als gewiss ist. Spätestens im Sommer, so ist in kosovarischen Medien zu lesen, wolle man eine endgültige Lösung der Statusfrage, so lange reiche die Geduld noch. Die Erwartungshaltung, erzählt Verena Knaus im derStandard.at-Gespräch, dass sich die Dinge mit der Klärung der Statusfrage ändern, ist hier unheimlich groß". Zwar versuchen kosovarische Politiker die Erwartungen zu zügeln, der große finanzielle "Schock der Unabhängigkeit" stehe aber noch bevor.

Schließlich soll das Kosovo seinen Anteil an den Vermögenswerten und Schulden des zerbrochenen Staates Jugoslawien selbst übernehmen. Und außerdem, so Verena Knaus, wird die Umsetzung selbst eine kostspielige Sache werden. Allein der Aufbau eines Staatsapparates werde Unmengen an Geld verschlingen. So bleiben die Investitionen in die bitter notwendige Infrastruktur vorerst weiter hinten gestellt.

Internationale Geber

Zwar wurde eine Internationale Geberkonferenz einberufen, um den finanziellen "Schock" anhand einer Prioritätenliste aus Pristina abzufedern, aber auch die soll sich vor allem auf die Umsetzung des Status' konzentrieren. Wie viel Geld die Internationale Gemeinschaft dafür zur Verfügung stellt, ist allerdings noch unklar.

Das Kosovo tut viel für eine offizielle Identität als unabhängiger Staat. Eine eigene Flagge, die Staatsbürgerschaft, eine Hymne, es geht vor allem darum, die serbische Souveränität über die Provinz hinter sich zu lassen. "Für die albanische Mehrheit ist es eine unglaubliche Erleichterung, dass es kein Zurück mehr nach Serbien gibt, da wird auch in Kauf genommen, dass es kein unmittelbares Vorwärts gibt," analysiert Verena Knaus, die seit Jahren wissenschaftliche Feldforschung im Kosovo betreibt.

Serbische Minderheit

Aus ihrer Sicht eine uneinschätzbare Variable: die Reaktion der serbischen Minderheit auf das Statuspaket. "Das Gros der serbischen Minderheit hat aber nur das Verlangen nach Deeskalierung und Ruhe." Über die Details der serbischen Selbstbestimmungsrechte sollen Serben und Albaner im Februar verhandeln. Die UN-Resolution könnte bis Mitte des Jahres verabschiedet werden, falls Russland sich als Serbiens "Schutzmacht" nicht quer legt. Spätestens dann müsste der wirtschaftliche Aufbau des Kosovo in die Gänge kommen.

Was ohne eine europäische Perspektive nicht funktionieren wird. 2006 wurde Kosovo bereits in das neu gegründete Pre-Accession Assistance (IPA) Programm der EU aufgenommen, das ab 2007 die zukünftige Beitrittsländer zentralisiert unterstützt soll. Rund 60 Millionen Euro sind in den nächsten Jahren für den Kosovo reserviert. Laut Knaus ein Tropfen auf den heißen Stein.